

# Politikwechsel im Tal!

## Wir alle sind Wuppertal

### Kommunalwahlprogramm

#### DIE LINKE Wuppertal

1. Politische Lage und Bilanz der LINKEN im Rat S. 2
2. Lebenswerte Stadt (Stadtentwicklung, Döppersberg-Umbau, ECE-Erweiterung, Möbelmarkt, L419, Umwelt, Wohnen) S. 3
3. Öffentlich – weil´s wichtig ist S. 8
4. Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Grundrecht auf Mobilität (Angebot, Sozialticket, Fahrradstadt) S.10
5. Demokratisierung öffentlicher Unternehmen S.12
6. Wuppertal wird sozial  
- Arbeitsmarkt und öffentliche Beschäftigung S.13
7. Familien-, Kinder- und Jugendfreundliche Stadt S.16
8. Geschlechtergerechtigkeit S.19
9. Bildung für alle (Kita, Schule, Bildung, VHS) S.20
10. Öffentliche Kultur ist Kultur für alle S.25
11. Sport S.26
12. Wer soll das bezahlen? Nachhaltige Finanzen S.27
13. Koalitionsaussage S.30

## **1. Politische Lage und Bilanz der LINKEN im Rat**

In den vergangenen vier Jahren hat eine vergrößerte Ratsfraktion der LINKEN mit Anträgen, Anfragen und Redebeiträgen die große Kooperation kritisch hinterfragt. Nur DIE LINKE war in der Lage, soziales Profil zu zeigen (Ablehnung der Haushaltskürzungen, Durchsetzung von verbilligten Kulturkarten, Antrag zum Sozialticket usw.) und mehr Transparenz durchzusetzen (Live-Übertragung der Ratssitzungen). DIE LINKE hat die große Kooperation dazu gebracht, Versprechungen einzulösen (6. Gesamtschule). DIE LINKE hat im Rat die Solidarität mit den Beschäftigten von DLK/Helios (Kampf gegen Ausgliederung), Lebenshilfe (Kampf um Tarifvertrag) und bei Schöffler (750 bedrohte Arbeitsplätze) zum Thema gemacht; dabei ist es gelungen, auch die Mehrheit der anderen Parteien auf soziale Positionen zu verpflichten. DIE LINKE war bei den Protesten von Bürgerinnen und Bürgern dabei, wenn es um den Erhalt öffentlicher Bäder, Kulturinstitutionen usw. ging, und hat sie unterstützt. Und wir werden es weiter tun, wo es nötig ist.

Der massive Stellenabbau bei der Stadt führt zu einer deutlichen Leistungseinschränkung für die Wuppertalerinnen und Wuppertaler und mindert die Lebensqualität in unserer Stadt (Schließung von Bürgerbüros, Jugendeinrichtungen, Einschränkung des Badebetriebs bei den wenigen verbleibenden kommunalen Bädern, lange Wartezeiten). Aufgrund der Finanznot der Stadt fehlen trotz des hochgelobten Stärkungspakts die finanziellen Mittel, Treppen, Brücken, Straßen und Gehwege in Stand zu setzen. Und diese Mittel sind durch die Kostenexplosion am Döppersberg weiteren Kürzungen ausgesetzt. Der Bestand kommunaler Gebäude ist häufig nur mit den Geldern möglich, die durch den Verkauf städtischen Eigentums erzielt wurden. Um die Prestige-Projekte herum verfällt die Stadt.

Darüber hinaus begrenzen Bildungs-, Sozial- und Finanzpolitik von Land und Bund die Möglichkeiten kommunaler Politik. CDU und SPD reden sich die Wuppertaler Situation schön und scheuen sich sogar, diese Probleme offen anzusprechen.

Die sogenannte große Kooperation von CDUSPD bedeutete acht Jahre Stillstand, sozialer Rückschritt und stadtpolitische Fehlentwicklung. DIE LINKE Wuppertal benennt offen die Missstände und versucht im Rat, in den Bezirksvertretungen

und Ausschüssen eine andere Politik zu gestalten. Nur mit der LINKEN ist ein Politikwechsel möglich.

## **2. Lebenswerte Stadt**

Wuppertal will eine unverwechselbare, lebendige und schöne Innenstadt, in der sich die Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen und sie gerne aufsuchen.

Wuppertal will eine Innenstadt der Begegnung, der Kultur, des Handels, der Gastronomie und der Dienstleistungen für alle Menschen.

Wuppertal will Plätze und Straßen, die zum Verweilen einladen, mit ansprechenden Gebäuden, die sich in ein schönes Stadtbild einfügen.

DIE LINKE will eine Stadtentwicklung mit allen und für alle. Die LINKE will eine Stadt, in der Nähe Trumpf ist: keine weiten Wege zum Arzt, zum Lebensmittelgeschäft, zu den Behörden. Und Begegnung mit den Menschen.

DIE LINKE will einen Masterplan für Wuppertal. An seiner Entwicklung soll die ganze Stadt beteiligt sein. Mit einem Masterplan können Planungen des demografischen Wandels, des Verkehrs, des Wohnens, der Schulen, der Inklusion usw. aufeinander bezogen werden statt neben- oder gegeneinander zu laufen.

Stadtplanung ist nicht der Gabentisch für Investoren. Öffentliches Handeln dient der Daseinsvorsorge; doch diese wird zunehmend privaten Investitionsentscheidungen ausgeliefert. Die Sucht nach Vorzeige-Projekten führt OB Jung und seine CDU/SPD dazu, immer weitere Überkapazitäten zu schaffen (IKEA, DOC-Remscheid, City-Arkaden-Erweiterung, Komplex Ohligsmühle und Clees-Bahndirektion, Investoren-Kubus am Döppersberg, der Neubau am Wall). Einerseits besetzen Mega-Stores und die immer gleichen Filialisten den öffentlichen Raum. Andererseits: Die Stadt kannibalisiert sich selbst. Leerstände im Wicküler-Park, in der Rathausgalerie, der ehemaligen Sportarena usw. Und es werden weniger profitable Nahversorgungsstrukturen in den Stadtteilen dem Verfall preisgegeben.

*DIE LINKE fordert:*

- *alle Bauleitpläne für großflächige Einkaufszentren ruhen zu lassen und stattdessen die Entwicklung eines Masterplans voranzutreiben, der für ganz Wuppertal und speziell für das Verhältnis der Stadtteile zu Elberfeld formuliert wird;*
- *ein Leitbild vor allem für die Elberfelder Innenstadt, in dem Schwächen und Stärken sowie Verbesserungsmöglichkeiten und kreative Ideen in einem planerisch umsetzbaren Rahmen aufgezeigt werden;*
- *eine ergebnisoffene Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung der Innenstadt und an einem solchen Masterplan;*
- *ein generelles Verbot für den Verkauf von städtischen Plätzen, Straßen, Wegen und Grünanlagen in der Innenstadt;*
- *den Stopp der Planungen zum Ausverkauf des Gebäudekomplexes von der-Heydt-Museum;*
- *den sofortigen Stopp des Verkaufs von Flächen, die bisher als Spielplätze und Sportanlagen ausgewiesen waren;*
- *für unterversorgte Stadtviertel öffentlich geförderte, vielleicht genossenschaftlich organisierte Einkaufsgelegenheiten, deren Arbeitsplätze auch als Brücke in den regulären Arbeitsmarkt dienen könnten.*

### **Döppersberg-Umbau**

Der Umbau des Döppersberg hätte Bausünden der Vergangenheit verbessern können: Die Bevorzugung des Autos verdrängte die Busse und Menschen unter die Erde. Der Busbahnhof ist in einem unzumutbaren Zustand. Seit über einem Jahrzehnt wird der Tunnel samt Rolltreppen nicht mehr ordentlich gewartet und ist in diesem Zustand kein Eingang für die Stadt.

Das Umbauprojekt läuft finanziell aus dem Ruder und hat keine stadtentwicklungspolitisch erkennbaren Ziele.

*DIE LINKE fordert:*

- *Deckelung des Umbauvolumens auf 105 Mio. Euro*
- *keine Vollsperrung der Bundesstraße 7*

- *keine Zustimmung zum Stadt-Haushalt, wenn dort zusätzliche Kosten des Döppersbergumbaus enthalten sind*
- *Bildung eines Runden Tisches mit Politikern von Stadt und Land sowie mehrheitlich mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern*
- *Einbeziehung von Studierenden und Lehrenden der Bergischen Universität für eine Neuplanung mit geringeren Haushaltsausgaben*
- *kein Verkauf von Stadteigentum zur Finanzierung des Döppersbergumbaus*
- *keine Public-Private-Partnership-Vergabe*
- *einen Bürgerentscheid zur Kostendeckelung auf 105 Millionen entsprechend dem Ratsbeschluss von 2010.*

### **City-Arkaden**

Die ECE-Erweiterung droht, drei denkmalgeschützte Gebäude ins Abseits zu stellen: die Alte Lutherische Kirche, das Rex-Theater und das Postgebäude. Die Aufenthaltsqualität dieses Platzes ist an einer der am dichtesten befahrenen Straßen Wuppertals eingeschränkt und wird von einer Verdopplung der ECE-City-Arkaden weiter verschattet.

Im ersten Schritt müssen Entwicklungsvorstellungen für die Innenstadt formuliert werden (s. o. Masterplan); hierzu gehört auch die Beantwortung der Frage, ob das Center überhaupt erweitert werden soll. Sofern diese Frage bejaht wird, müssen in einem zweiten Schritt klare Eckpunkte für das geplante Vorhaben aufgestellt werden. Es muss also formuliert werden, wie sich die Stadt das Center vorstellt. Nur so wird die Planungshoheit der Stadt tatsächlich gewahrt und nicht dem Centerentwickler überlassen. Das in der Vorlage zum Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan Platz am Kolk/Kipdorf vorgeschlagene Moderationsverfahren wird diesem Anspruch nicht gerecht, weil die Grundsatzentscheidung bereits feststeht und der Entwickler zu diesem verfrühten Zeitpunkt mit am Tisch sitzt.

*DIE LINKE fordert, die Bauleitplanung für die Erweiterung der City-Arkaden einzustellen und die Entwicklung eines Masterplans für Wuppertal (Funktionen und Arbeitsteilung der Stadtteile) sowie für Elberfeld voranzutreiben.*

Erst dann kann die Bauleitplanung für den Investoren-Kubus Döppersberg, die Bundesbahndirektion und die Erweiterung City-Arkaden wieder aufgenommen

werden. Für alle Einkaufszentren, die nicht nur dem Entwickler, sondern auch der Stadt dienen sollen, formuliert die Studie „Zum Umgang mit großen innerstädtischen Einkaufszentren“ des Landes NRW – neben der grundsätzlichen Haltung zum Stadtverständnis – folgende konkrete Prüfkriterien: Größe des Centers und Branchenmix, Lage des Centers, städtebauliche Einbindung, Gebäudetypologie und Architektur, Nutzungen und Zugangsbeschränkungen. DIE LINKE fordert die Anwendung dieser Prüfkriterien.

Es bestehen schon heute Alternativen, die geprüft werden können. Die vom Land möglicherweise geförderte Wiedereröffnung des Rex als Programmkino und die Modernisierung des Postgebäudes sollten Vorrang haben. Der Platz sollte in Verbindung mit dem Wall als Ensemble von architektonischen Highlights und als Einkaufsboulevard aufgewertet werden.

### **Möbelhaus**

DIE LINKE hat sich für ein weiteres Möbelhaus in Wuppertal ausgesprochen. Was wir immer abgelehnt haben, ist ein künstliches Einkaufszentrum am Rande der Stadt, das der Vielfalt der Fachgeschäfte in den Innenstädten von Barmen und Elberfeld konkurrierend gegenübersteht. Folgen dieser Entwicklung sind zunehmende Leerstände in den Zentren. Dabei wird außer Acht gelassen, dass fußläufige Einkaufsmöglichkeiten ein wesentlicher Bestandteil eines Stadtentwicklungskonzeptes sind.

*DIE LINKE fordert deshalb ein Ende des Rechtsstreits mit dem Land, eine sofortige Prüfung und Rückholung der anhängigen juristischen Verfahren gegen die „Versagensverfügung“ der Landesregierung und neue Verhandlungen mit dem Investor über geeignete Standorte.*

### **L 419**

Die „Südautobahn“ als Verbindung zwischen A 1 und A 46 wird sehr viele zusätzliche Autos auf die Südhöhen bringen und mit ihnen Lärm, Abgase, Feinstaub und einen zersägten Stadtteil. Daher kann die Erneuerung der Parkstraße nur nach einem Modell erfolgen, dass die Zustimmung der Menschen in Ronsdorf fin-

det. Das heißt, es müssen klare Alternativen und Kostenschätzungen vorgelegt werden.

*DIE LINKE fordert: Kein Ausbau der L 419 ohne Zustimmung der Ronsdorfer Bürgerinnen und Bürger*

### **Stadtentwicklung heißt Umweltentwicklung**

DIE LINKE will eine Stadt, in der Umweltbelastungen schrittweise reduziert werden. DIE LINKE fordert eine Baumschutzsatzung, die persönliche Gartengestaltung offenhält, aber den festgesetzten Baumbestand nicht zusätzlicher Bebauung opfert.

DIE LINKE schließt sich der „Erklärung zur Bergischen Energiewende“ an. DIE LINKE ist überzeugt, dass die Energiewende nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Menschen dahinterstehen; deshalb kann und muss die Energiewende so sozial verträglich ausgestaltet werden, dass Privathaushalte mit kleinen Einkommen die Kosten verkraften und Wirtschaftsunternehmen die Arbeitsplätze erhalten können.

DIE LINKE konkretisiert die Schritte zur Umsetzung der „Bergischen Energiewende“:

- *DIE LINKE fordert: Energie & Wasser sind Lebensgrundlagen und müssen bezahlbar bleiben; die Zahl der Abschaltungen muss auf Null zurückgeführt werden.*
- *DIE LINKE ist überzeugt, dass im Bergischen Land mittel- bis langfristig eine regionale Energie-Versorgung erstrebenswert und möglich ist, die ausschließlich regenerative Energien, Einsparpotentiale und Effizienzsteigerungen nutzt. DIE LINKE unterstützt „Wir machen Wind“.*
- *DIE LINKE kennt die Chancen, die sich durch die regionale Wertschöpfung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ergeben werden.*
- *DIE LINKE fordert: Die Erzeugungskapazität vor Ort muss erhalten bleiben, um diesen Übergang in eine regionalisierte Entwicklung zu ermöglichen. Der Ausbau fossiler Energie-Erzeugung ist kontraproduktiv im Sinne der Erklärung zur Bergischen Energiewende. Daher fordert DIE LINKE den*

*Ausstieg der WSW aus dem Mega-Kohle-Kraftwerk Wilhelmshaven und den Erhalt der lokalen Heizkraftwerke Barmen und Elberfeld.*

## **Wohnungspolitik**

In der Wohnungspolitik sollte neben dem Aufbau von reinen Eigenheim-Siedlungen die Aufwertung des innerstädtischen Wohnens wieder zum Schwerpunkt werden. Die LINKE schlägt eine Stadt der Durchmischung von Gebäudeformen und sozialen Schichten vor. Die Beseitigung von Ruinen durch öffentlich geförderte Beschäftigung auf Kosten der Eigentümer wird durch neues Landesgesetz möglich. Hier besteht die Chance für attraktive Architekturlösungen; der Gestaltungsbeirat sollte Anregungen geben.

DIE LINKE fordert ein Brachflächen-Kataster für Wuppertal und die Entwicklung der zentralen Wohn- und Gewerbeflächen statt Versiegelung am Stadtrand.

Der Mietsteigerungsdruck, der von der Rheinschiene ausgeht und in den westlichen Stadtteilen bereits deutlich spürbar wird, darf nicht zu einer sozialen Ausgrenzung führen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle Einkommenschichten, d. h. auch ein Angebot an preiswerten Einfachwohnungen. Die LINKE unterstützt weiter die GWG in öffentlicher Hand. Die Quartiersentwicklungsgesellschaft und der Genossenschaftsgedanke sollten gestärkt und ausgebaut werden.

## **3. Öffentlich – weil´s wichtig ist**

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens.



Mit der Ideologie „Privat vor Staat“ gefährden CDU und FDP, aber auch SPD und Grüne die wirtschaftliche Festigung kommunaler Unternehmen und die Zusammenarbeit dieser Unternehmen in einer Region. Der Verkauf öffentlicher Unternehmen interessiert private Investoren nur für profitable Bereiche, also verliert die Stadt diese Einnahmequellen – für immer. Den einmaligen Erlös aus solchen Verkäufen bezahlen unsere Kinder und Enkel. Denn solche „Entschuldungsmaßnahmen“ verschieben nur Kosten auf nachfolgende Generationen und die haben dann nichts mehr zu verkaufen!

Seit Jahren versucht DIE LINKE zu verhindern, dass städtische Unternehmen für die Gewinninteressen großer Konzerne privatisiert werden. So sind z.B. die versprochen Verbesserungen der Situation der WSW durch den Teilverkauf der WSW Energie & Wasser an RWE und später an GDF/SUEZ nicht eingetreten. Die positiven Ergebnisse der angestrebten „strategischen Partnerschaft“ sind heute nicht erkennbar. Die Schwächung des ÖPNV in unserer Stadt ist allerdings schon heute erkennbar, da Teile der Versorgungsgewinne in den Großkonzern GDF/SUEZ fließen und nicht mehr wie in der Vergangenheit zur Quersubventionierung des ÖPNV zur Verfügung stehen.

Aufgrund der Liberalisierung der Ver- und Entsorgungs- und anderer Märkte dominiert in öffentlichen Unternehmen oft der Leitsatz der Konkurrenz und die Gewinnorientierung, da öffentliche Unternehmen - insbesondere Sparkassen und Stadtwerke - aufgrund der falschen Steuerpolitik einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Haushalt leisten müssen. Erst die Loslösung von großen Energiekonzernen und Kreditinstituten und eine andere Steuerpolitik schaffen daher die nachhaltige Möglichkeit, Gewinne für andere Schwerpunktsetzungen in den kommunalen Unternehmen. Sie schaffen den Spielraum für die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Interessen von Beschäftigten, Sicherung von Ausbildung, Substanzerhalt, Umwelt, sozial angemessene Energiepreise.

Die Dienste und Angebote der öffentlichen Unternehmen sind keine Waren wie jede andere, sondern sie sind Daseinsvorsorge (Wohnen, Ver- und Entsorgung, Sparkasse). Daher müssen die Kostenstrukturen um den Gewinnaufschlag entlastet werden und die Preise sollen wieder den Charakter von Gebühren annehmen, die transparent sind.

- *Zur Vermeidung von Stromsperren fordert die LINKE als ersten Schritt die Einführung des „Saarbrücker 4-Punkte-Modell“. Das Modell basiert auf einer Einwilligungserklärung des Sozialleistungsempfängers, die einen Datenaustausch zwischen dem Grundversorger WSW und dem zuständigen Jobcenter ermöglicht. Durch die Einwilligungserklärung wird unter Einhaltung des gesetzlichen Datenschutzes für diesen Sonderfall erlaubt, dass WSW das Jobcenter informiert, wenn dem Kunden eine Stromsperre droht. Das Jobcenter schafft dafür eine Notfallanlaufstelle, die unbürokratisch hilft. Die Stadtwerke als Netzbetreiber und Versorgungspartner weisen in ihren Mahnungen, Sperrandrohungen und Sperrmitteilungen auf die Möglichkeiten der Beratung durch das Jobcenter deutlich hin. Die Stadtwerke führen den Sperrvorgang künftig nur noch montags bis donnerstags durch. Das ist wichtig, damit die Betroffenen und das Jobcenter noch vor dem Wochenende handlungsfähig sind. Unterstützt wird dies noch durch die Hinweise, an wen man sich zur Abwendung einer Sperrung wenden kann. Der lokale Energieversorger WSW, die Stadt, das Jobcenter, und der Netzbetreiber sollen kooperieren und für das Modell werben. Sozialverbände wie Paritätischer Gesamtverband, AWO oder Diakonie sowie Umweltverbände wie BUND, Deutscher Naturschutzring oder NABU sollten für das Modell gewonnen werden.*
- *Sozial gestaffelte Energiepreise*
- *Erhalt des öffentlichen Wohnungsbestandes und direkte Unterhaltungs-eingriffe zugunsten verfallender Immobilienbestände*
- *Ermäßigung auf 3 € für unverkaufte Kultur-Eintrittskarten auf allen Plätzen*

#### **4. Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Grundrecht auf Mobilität**

Die LINKE tritt ein für den Erhalt und mittelfristigen Ausbau des bestehenden ÖPNV-Angebotes. Die Stadt muss laut Gesetz („Gewährleistungsverantwortung“) für eine ausreichende Verkehrsbedienung der Bevölkerung sorgen. Mobilität ist ein Grundrecht. Wuppertaler kämpfen für ihre Busse: sicher, sauber, schnell, verlässlich, mit dichtem Netz und kurzen Takten. Dazu muss ausreichend Buspersonal eingestellt und auskömmlich bezahlt werden. Langfristig fordert die

LINKE die Umstellung auf den fahrscheinfreien ÖPNV mit der Absicht, dies aufkommensneutral bzw. kostenneutral durchzuführen. Zum Erhalt des Netzes und des Fahrplanangebots ist das Bürgerticket ein sinnvolles Finanzierungsinstrument. Der Döppersberg-Umbau und die Sperrung der B7 werden zu erheblichen Belastungen für die Buslinien führen. Das Bauprojekt darf aber bei den Neuplanungen der Linien, Takte, Haltestellen nicht zu Einschränkungen des Leistungsangebots führen.

*DIE LINKE plädiert daher für eine sozial-ökologische Verkehrswende. Auf Wuppertal übertragen bedeutet dies:*

- *Der ÖPNV muss öffentlich bleiben*
- *Keine weiteren Kürzungen, sondern Ausweitung des ÖPNV-Angebots*
- *Einrichtung von Anruf-Sammeltaxis für wenig frequentierte Strecken*
- *Ausweitung und attraktive Gestaltung des Car-Sharings*
- *Die LINKE fordert die vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV bis zum Ende der Ratsperiode sicherzustellen. Gesetzlich vorgeschrieben ist 2022*
- *Sozialticket in Bus und Bahn für alle Geringverdiener und Sozialleistungsbezieher, das den Namen verdient. (Höchstpreis 15 €)*
- *Verbilligte Schokotickets für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort*
- *In der längeren Frist sollte es eine Nahverkehrsabgabe mit dem Anrecht auf gebührenfreie Nutzung des WSW-Angebots geben: „Jeder kann fahren, alle zahlen!“ Juristisch ist diese Finanzierungsform kein Problem. Die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines solchen Bürgertickets sollten in der kommenden Ratsperiode geprüft werden.*

### **Wuppertal ist auch Fahrradstadt**

Die zunehmende Verbreitung von E-Bikes und insbesondere der Bau der Nordbahntrasse bieten jedoch eine große Chance, den Radverkehr in Wuppertal attraktiver zu gestalten. DIE LINKE unterstützt daher das Engagement der Wuppertalbewegung, der verantwortlichen Stellen in der Verwaltung und anderer Ak-

teure, diese und andere ehemalige Bahn-Strecken für die Wuppertalerinnen und Wuppertaler nutzbar und zugänglich zu machen. Häufig sind die Radwege in Wuppertal in so unakzeptablem Zustand, dass es sicherer ist, auf der Straße zu fahren. Auch sollten noch mehr Einbahnstraßen für Fahrräder in Gegenrichtung geöffnet werden.

DIE LINKE möchte langfristig ein gleichberechtigtes Miteinander von Fußgängern, Radfahrern, ÖPNV und KFZ erreichen. Entschleunigte Zonen können bereits jetzt in den Quartieren eingerichtet werden und die Verkehrssicherheit, Aufenthaltsqualität und Kommunikationskultur der Anwohner erhöhen. An belebteren, verkehrsreichen Plätzen kann das in den Niederlanden bereits erfolgreich erprobte Konzept des shared space umgesetzt werden. Die LINKE setzt sich für eine Verkehrspolitik ein, die der Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene Vorrang einräumt.

Große Sorgen bereitet der Zustand der Straßen, Treppen und Brücken in Wuppertal. Diese Ruinen verschandeln das Stadtbild und senken die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Noch dazu ist es unwirtschaftlich, diese Verkehrswege verfallen zu lassen, um dann später teure Neubauten machen zu müssen. DIE LINKE fordert daher ein Investitionsprogramm für die Sanierung und zukünftige rechtzeitige Instandhaltung der städtischen Infrastruktur.

## **5. Demokratisierung öffentlicher Unternehmen**

Die Öffentlichen Unternehmen sollen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen und bei Transparenz ihrer Gremien. Die Rechtsform öffentlicher Unternehmen bleibt zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer Mitbestimmung. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung, auch durch Minderheitsbeteiligungen, aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlichen Träger ein. Die LINKE setzt sich heute schon für jeden Schritt in diese Richtung ein:

Rekommunalisierung, Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte, Weisungsbefugnisse der Räte usw.

*Öffentliche Unternehmen* (GWG, WSW, AWG) sollen der Allgemeinheit dienen. Sie dürfen daher nicht verkauft werden. Sie müssen transparent arbeiten.

*Statt Hinterzimmerkungelei fordert die LINKE:*

- *Rückkauf der Anteile der GDF/SUEZ an der WSW Energie& Wasser AG*
- *Öffentliche Sitzungen der Aufsichtsräte, soweit das Gesellschaftsrecht dies zulässt*
- *Weisungsrechte des Stadtrates an die Aufsichtsräte, soweit das Gesellschaftsrecht dies zulässt*
- *Weiterhin Live-Übertragung aller Ratssitzungen im Internet*
- *Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen gegenüber Verwaltung und öffentlichen Unternehmen*
- *Schaffung von Beiräten, in denen die Interessen von Nutzern, Umwelt, Beschäftigten repräsentiert sind und die gemeinsame Positionen zur Geschäftspolitik veröffentlichen.*
- *Der Wirtschaftsausschuss muss wieder eingerichtet werden, um die Bergische Entwicklungsagentur, die Wirtschaftsförderung, das Regionalbüro wieder inhaltlich zu steuern und den Finanzausschuss zu entlasten.*

## **6. Wuppertal wird sozial – Arbeitsmarkt und Beschäftigung**

Strukturwandel und neoliberale Politik haben in den letzten Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, dass in unserer Stadt eine massive Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung stattgefunden hat, die auch nicht annähernd durch Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert werden konnte.

In Wuppertal ist die Arbeitslosenrate weit über dem Landesdurchschnitt, der Niedriglohn-Anteil an der Gesamt-Beschäftigung ist zwischen 2000 und 2009 von 16,9% auf 18,4% gestiegen.

Was in früheren Jahren noch durch eine andere Arbeitsmarktpolitik und ein System von Existenz sicherndem Arbeitslosengeld bzw. -hilfe aufgefangen werden konnte, hat durch Hartz IV zu einer dramatischen Abwärtsspirale geführt. 47000 Bedarfsgemeinschaften leben in Wuppertal unter dem SGB II-Diktat. 3000 Rentner müssen mit einem Minijob hinzuverdienen. 7000 Menschen arbeiten als Aufstocker. Von Arbeit muss man leben können.

Die traditionell hier stark vertretenen Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe in der Metall-, Textil- und Kunststoffverarbeitung sind vom Abbau besonders betroffen. Der globale neoliberale Verdrängungswettbewerb:

- verlagert die Produktion in Unrechtsstaaten mit menschenverachtenden Arbeitsbedingungen, ohne soziale Absicherung, Gesundheit – und Umweltstandards.
- stärkt die Dominanz internationaler Kapitalgesellschaften bei der Standortfestlegung.

Der Verlust dieser Arbeitsplätze führte im gesamten Bergischen Land zu geringeren Steuereinnahmen und steigenden Sozialkosten durch die Arbeitslosigkeit. Die „große Kooperation“ von CDU und SPD im Stadtrat hat bereits die Bürgerinnen und Bürger durch Erhöhung der Gemeindesteuern, Gebühren und Abgaben dafür zur Kasse gebeten und öffentliche Leistungen für Kultur, Soziales, Bildung, Nahverkehr und die Daseinsfürsorge eingeschränkt. Aber auch der Stellenabbau bei der Verwaltung und drastische Kürzungen bei dringenden Investitionen können das gewaltige Defizit im Haushalt nicht ausgleichen, weil die oben geschilderten Ursachen bestehen geblieben sind und sich die herrschenden Parteien einem sozial fairen Ausgleich der Lasten bisher verweigert haben.

Dadurch fehlen der Stadt die nötigen Investitionsmittel, um durch berufliche Aus- und Weiterbildung sowie nachhaltige Wirtschaftsförderung wieder für Beschäftigung zu sorgen. Die Handlungsbeschränkungen des „Stärkungspaktes“ verhindern aktive Strukturpolitik.

Die bisher aufgezwungene Spar- und Privatisierungspolitik ist keine nachhaltige Lösung.

## **Erster Arbeitsmarkt**

Handel und Dienstleistungen können nur da dauerhaft gedeihen, wo private Nachfrage stabil und Primäreinkommen hoch ist. Die Wirtschaftsförderung sollte unter Einbeziehung der Branchen-Gewerkschaften unternehmensübergreifend an der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet werden und sich um die vorhandenen Produktions-Kompetenzen gruppieren. Daher unterstützen wir die IG Metall-Initiative „Wir machen Wind“ ausdrücklich. Der Grundsatz-Beschluss im Rat zur Ausweisung von Windenergiefeldern auf Wuppertaler Stadtgebiet bietet eine einmalige Chance, die Stadt zum Referenzpunkt für Windenergie zu machen. Windmühlen zur Stromgewinnung, an denen Wuppertaler Belegschaften Teile zugeliefert haben, sollten hier als Anschauungsmaterial dienen, Erprobungsmöglichkeiten finden und gewerbliche Arbeitsplätze aufbauen oder sichern.

Die LINKE wird weitere Projekte der Wirtschaftsförderung im Bereich Logistik, Pflege, Recycling vorlegen.

## **Zweiter Arbeitsmarkt**

Die LINKE schließt sich den Forderungen der Wohlfahrtsverbände an:

- *Wege aus der verfestigten Arbeitslosigkeit zu suchen*
- *Eine durch die Politik geschaffene konsequente Alternative der Beschäftigung für arbeitsmarktferne Menschen und das in einer der Problemlage angemessenen Betreuungsdauer, um Veränderungen tatsächlich bewirken zu können*
- *Diese Form der Beschäftigungsmöglichkeit darf nicht durch hohen bürokratischen Aufwand für die Träger und Betroffenen ad absurdum geführt werden*
- *Der zweite, soziale Arbeitsmarkt bzw. ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ist die richtige Alternative*
- *Fortführung und Intensivierung des Landesprojekts zum zweiten Arbeitsmarkt für unsere Region*
- *Die LINKE fordert zudem, Berufsausbildung und Schulabschlüsse für alle Jugendlichen zu ermöglichen*

Die LINKE schlägt zur Finanzierung von Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt die Erhöhung der Gewerbesteuer wie in Dortmund vor. In den Jobcentern brauchen wir eine ausreichende und qualifizierte Personalausstattung und die dazugehörige Finanzierung.

Die Linke fordert, dass das Jobcenter, das von der Stadt Wuppertal kontrolliert wird, keine Sanktionen mehr verhängt, da ein Existenzminimum nicht gekürzt werden kann, ohne die Existenz zu gefährden.

Menschen, die aus wirtschaftlicher Not zu uns gekommen sind oder denen die Menschenrechte verwehrt werden, haben einen Platz in unserer Mitte. Ihre Integration beginnt mit menschenwürdiger dezentraler Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge, Sprachförderung und Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche.

### **Öffentlicher Dienst**

Öffentliche Dienste sind Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger. Darum sollten sie auch in ihrem Inneren die Breite der Bevölkerung widerspiegeln. Die LINKE fordert daher:

- *Systematische Frauenförderung, insbesondere paritätische Besetzung der Leitungs- und Aufsichtspositionen. Verwaltung und öffentliche Unternehmen haben Vorbildfunktion.*
- *Förderung von Menschen aus Zuwandererfamilien entsprechend ihrem Anteil in der Wuppertaler Bevölkerung in den städtischen Unternehmen und Verwaltungen, z.B. durch anonymisierte Bewerbungen, gezielte Ansprache usw.*
- *Die sozialen Dienste, die gesetzlich verpflichtend Angebote machen müssen, ohne dass ihre Art und Umfang gesetzlich definiert wären, müssen eine garantierte finanzielle und personelle Mindestausstattung haben.*
- *Es darf keine Dienste zum Nutzen der Öffentlichkeit geben, die nicht auch vergleichbar des öffentlichen Dienstes bezahlt werden (z. B. Klinikservice, Betreuung von Menschen)*



## 7. Familienfreundliche Stadt

Kinder- und Jugendpolitik dient den Familien. Eltern und besonders berufstätige Frauen hätten gerne mehr Zeit. Oft hat man das Gefühl, nicht allen Anforderungen gerecht zu werden. Manches kommt zu kurz. Besonders Alleinerziehende sind einem großen Armutsrisiko ausgesetzt.

Die Belange von Familien, Kindern und Jugendlichen sind für DIE LINKE eine Querschnittsaufgabe, sie müssen Maßstab für die kommunale Sozial-, Schul-, Umwelt-, Kultur- und Verkehrspolitik sein.

Einer der größten Skandale in Deutschland ist die zunehmende Armut von Eltern und Kindern. Junge Menschen, die in prekären Verhältnissen aufwachsen, werden in ihren Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten eingeschränkt. Ihnen wird die Chance auf ein Leben in Würde und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geraubt.

Wuppertal ist von der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in besonderem Maße betroffen. Die Sanierung des kommunalen Haushalts im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts bedeutet schmerzhaft Einschnitte im Jugendbereich.

Die sich zunehmend verschärfende soziale Situation von Familien in Wuppertal führt zu einem stetig steigenden Bedarf an Hilfen zur Erziehung, welche den kommunalen Haushalt erheblich belasten. Allerdings darf dies nicht zu einem Verlust an Qualität der sozialen Dienstleistungen führen. Zunehmende Überlastung sowie prekäre und befristete Arbeitsverhältnisse in den Bezirkssozialdiensten und bei den Anbietern verhindern eine qualitativ gute Arbeit.

DIE LINKE Wuppertal will in den kommenden fünf Jahren folgende Akzente in der kommunalen Jugendarbeit setzen:

- *Erhalt der Schulsozialarbeit und Ausweitung auf alle Schulformen. Kurzfristig Finanzierung durch die Stadt, bis eine Vereinbarung zwischen Bund und Land gefunden ist. Dazu sollen die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verwendet werden, die die Verwaltung den armen Kindern vorenthalten hat, um andere Pflichtaufgaben damit zu finanzieren.*

- *Kinderarmut muss bekämpft werden. Öffentliche Angebote sind daher auszubauen und nicht zu kürzen.*
- *Kinder- und Jugendarbeit muss nach Bedarf erfolgen und nicht nach Kassenlage.*
- *Der Ausbau niedrigschwelliger, sozialräumlicher Angebote der Jugendhilfe ist die beste Prävention und verhindert teure Maßnahmen.*
- *Gegen Personalabbau und für die Schaffung sicherer und gerecht bezahlter Arbeitsplätze im Erziehungs- und Sozialdienst. Die Arbeitsbedingungen der dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen müssen massiv verbessert werden.*
- *Die Lage der freien Wohlfahrtspflege muss verbessert werden.*

## **Jugend**

Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik ist einerseits, die Interessen junger Menschen in ihrer Stadt zu vertreten, und andererseits eine geeignete Infrastruktur für sie und ihre Familien bereitzuhalten. Unsere Kinder- und Jugendpolitik folgt dabei folgenden Grundsätzen:

- die Einbindung junger Menschen in sie betreffende Entscheidungen zu ermöglichen,
- Partei für junge Menschen zu ergreifen, die in einer Gesellschaft aufwachsen, die zunehmend von Armut, Ungleichheit und Unsicherheit geprägt ist
- Wuppertal zu einer kinder- und jugendgerechten Stadt zu entwickeln, in der sich alle jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage oder Herkunft willkommen und zu Hause fühlen können
- *Die partizipative Gestaltung von Freiräumen in den Quartieren der Stadt ist gelebte Demokratie. Bestehende Beteiligungsprojekte sind daher zu sichern und auszubauen, neue Möglichkeiten zu erkunden*
- *Der Jugendrat muss ernst genommen werden. Seine Wahl sollte in den Schulen stattfinden, um eine hohe Wahlbeteiligung und Legitimation zu erzielen. In den Ausschüssen sollten dem Jugendrat mehr Rechte eingeräumt werden.*

- *Die strikte Beachtung der Kinderrechte muss in allen Institutionen handlungsleitend und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden.*
- *Interkulturelle Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verschiedener Herkunft fördert das solidarische Miteinander und ist die beste Vorbeugung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.*
- *Erhalt bzw. Einrichtung städtischer Jugendtreffs in allen Stadtteilen.*

## **8. Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit**

Von der Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir weit entfernt. Die knappen kommunalen Kassen dienen als Begründung, um Maßnahmen für Frauenprojekte und Zuschüsse für ihre Einrichtungen zu kürzen. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik.

In den Kommunen werden Frauen und Mädchen nicht genügend beim Einsatz öffentlicher Mittel – beispielsweise im Sportbereich – berücksichtigt. Das Instrument „Gender Budgeting“ (Haushaltsplanung unter Maßgabe der Gleichstellungsziele) soll daher in der Kommune eingesetzt werden.

Geschlechtergerechtigkeit schließt Lebensweisen von Bisexuellen, Lesben und Schwulen mit ein. Die besonderen Lebensproblematiken von Intersexuellen sowie Transgendern sind unterstützend zu berücksichtigen.

DIE LINKE tritt ein für:

- *den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind;*
- *kurzfristig Prüfung der Notwendigkeit von Opferhilfe- und Beratungsstellen und Männerhäusern*

- *einen weitergehenden Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht für Migrantinnen, die familiärer Gewalt, Zwangsheirat oder auch erzwungener Prostitution ausgesetzt sind;*
- *die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten; Treffpunkten und Beratungseinrichtungen*
- *desgleichen für Lesben und Schwule*
- *Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen; besondere Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender vor Ort, u.a. bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall*
- *kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in finanziellen Notlagen*
- *Berücksichtigung von Fraueninteressen beim Öffentlichen Personennahverkehr: sichere Anbindung von Wohnvierteln auch nachts und Ausbau von Nachttaxis, zusätzliches Sicherheitspersonal*
- *eine sichere Stadt mit hell beleuchteten und gut einsehbaren Straßen, Wegen, Treppen und Plätzen, genügend Frauenparkplätzen an geeigneten Stellen, ein dichtes Netz von gut sichtbaren Notrufeinrichtungen*

## **9. Bildung für alle**

### **1. Frühkindliche Bildung**

Wuppertal hat große Probleme, den Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Tageseinrichtung für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr fristgemäß einlösen zu können. Stadt und Land setzen auf den Ausbau der Tagespflege und die Verringerung von Qualität in den Einrichtungen. Solche Billiglösungen finden auf dem Rücken von Erzieher\*innen, Tagespflegepersonal, Eltern und Kindern statt.

*Deshalb setzt sich DIE LINKE ein für:*

- *KiTa-Plätze von Anfang an für alle Kinder, deren Eltern das wünschen*
- *professionell, gut ausgestattet und wohnortnah*
- *auch in kommunaler Trägerschaft, damit kein Kind abgewiesen werden*

*kann*

- *unter demokratischer Einbeziehung der Eltern*
- *DIE LINKE Wuppertal kämpft entschieden für die Verwirklichung des Rechtsanspruchs aller Kinder auf einen gebührenfreien, inklusiven Betreuungsplatz in Kindertageseinrichtungen unabhängig vom sozialen Status der Eltern.*

Tagespflege lehnt DIE LINKE jedoch nicht grundsätzlich ab. Für manche Eltern stellt diese Form der Betreuung eine praktikable Lösung dar. Auch unter dem Gesichtspunkt frühkindlichen Bindungsverhaltens könnte Tagespflege eine angemessene Betreuungsmöglichkeit darstellen. Jedoch müssen dafür die Rahmenbedingungen erheblich verbessert werden. Daher fordert DIE LINKE

- *Tagespflegeeltern müssen wesentlich besser qualifiziert werden. Ein 160-stündiger Crashkurs ist absolut unzureichend. Die aktuelle Fachdiskussion geht eher dahin, Erzieher\*innen in Zukunft an Fachhochschulen auszubilden.*
- *Die fachliche Begleitung der Tagespflegeeltern durch das Jugendamt bzw. beauftragte freie Träger ist massiv auszubauen.*
- *Die Tagespflegeplätze müssen sicher gestaltet, Überforderungssituationen vermieden werden. Einzelarbeitsplätze sind daher abzulehnen.*
- *Tagespflegeeltern brauchen gesicherte und gerecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. Private Zuzahlungen sind abzulehnen.*

## **2. Gute Schule für Alle**

Die LINKE hat die 6. Gesamtschule durchgesetzt. Wir haben intensiv Schulschließungen problematisiert und die ungleiche Ausstattung (Klassenstärken, Schulbezirksgrenzen usw.) thematisiert.

Die Planung im Schulbereich ist in Wuppertal geprägt durch kurzfristige Reaktionen auf Geburtenrückgang, finanzielle Engpässe der Kommune und Schulschließungen.

Die Wuppertaler Schullandschaft muss an den Interessen der Kinder und ihrer Eltern orientiert langfristig geplant werden. Sie muss sich an pädagogischen Zielen und langfristigen demographischen Entwicklungen orientieren:

- inklusiv
- wohnortnah
- qualitativ gut ausgestattet
- ganztägig und kostenfrei
- mit individueller Förderung
- natürliche Mehrsprachigkeit fördernd
- multiprofessionell (z.B. Schulsozialarbeit)

Dafür braucht Wuppertal Planungen, die sich frühzeitig auf die Geburtenzahlen in den Quartieren stützt und über regelmäßige Elternbefragungen zu Schulort, Ganzttag, weiteren pädagogischen Angeboten wie Schwerpunktschulen usw. die Wünsche der Eltern ermittelt.

Daher setzt sich die LINKE-Ratsfraktion für eine solche Schulentwicklungsplanung ein, weil „gute Schule“ auch „gute Schulräume“ benötigt, die Gruppenräume, Räume für ein differenziertes Lernangebot, für Sport- und Freizeitangebote zur Verfügung hat.

### **2.1. Grundschule**

**Klassengrößen** dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch entstehen in Wuppertal in dicht besiedelten Gebieten übervolle Klassen, wohingegen in lockerer Bebauung oftmals kleine Klassen vorherrschen. Hier wird die LINKE-Ratsfraktion auf die Verteilung achten und die Einrichtung kleiner Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern fordern.

**Ganzttag** in Grundschulen ist für viele Eltern ein Ärgernis, weil sie keinen Platz erhalten. Außerdem ist das ganztägige Abwechseln von Lern- und Spiel-Sport-Situationen pädagogisch sinnvoll. Daher tritt die LINKE-Ratsfraktion für **gebundenen Ganzttag** ein. Wuppertal nimmt die Bildungsministerin beim Wort. Hierzu will die LINKE-Ratsfraktion jetzt schon Vorbereitungen treffen, damit alle Eltern, die einen Ganztagsplatz wünschen, diesen auch bekommen. Auch deshalb weist die LINKE-Ratsfraktion die Verkleinerung oder den Verkauf von Schulgebäuden zurück.

## **2.2. Sekundarstufe I**

### **Elternbefragungen – kommunale Schulentwicklungsplanung**

Immer wieder werden die Wünsche der Eltern nach einem Gesamtschulplatz oder nach Plätzen im Ganztags zurückgewiesen. Daher setzt sich die LINKE-Ratsfraktion für die Elternbefragungen ein, nach denen sich die Wuppertaler Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch endlich das **Recht auf einen Gesamtschul-/Ganztagsplatz** umgesetzt werden.

## **2.3. Sekundarstufe II**

Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe nicht so viele Schüler\*innen, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrecht zu erhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit enormem Fahr-Aufwand für Schüler\*innen und organisatorischem für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte kaum zu bewerkstelligen.

Daher setzt sich die LINKE-Ratsfraktion für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen im Stadtteil zusammenfassen. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot zu.

## **2.4. Ausbildung verbessern – Ausbildungszentren stärken**

Trotz angeblichem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

Hier will die LINKE-Ratsfraktion die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen einzigen zentralen Anlaufpunkt erhalten und nicht in einem Meer von Beratungs- und Förderorten untergehen. Sie müssen

dabei schulisch oder von der Weiterbildung begleitet werden, so dass sie immer auf Hilfe vertrauen können.

### **2.5 Inklusion im Bildungsbereich**

Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

Deshalb wird die LINKE-Ratsfraktion eine **integrierte Förderplanung** einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn Förderschulen zukünftig durch schulische Inklusion reduziert werden, fordert die LINKE den Erhalt dieser städtischen Räumlichkeiten. Diese sollen in **Förderzentren** für Schülerinnen und Schüler bei gravierenden Beeinträchtigungen sowie für die Fortbildung des Personals umgewandelt werden. Daher wird die LINKE-Ratsfraktion eine **Raumplanung für Inklusion** einfordern.

Auch wenn sich DIE LINKE mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ausspricht, so wird die LINKE-Ratsfraktion dennoch in den nächsten Jahren übergangsweise der Einrichtung von **inklusiven Schwerpunktschulen** zustimmen, um den Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleistet zu können.

Die außerschulischen Lernorte wie Zooschule, Station Umwelt und Natur usw. müssen – nachdem bereits das Fuhlrott-Museum abgewickelt worden ist – als öffentliche Angebote erhalten bleiben als Einstieg in den Themenbereich Umwelt & Naturwissenschaften.

### **3. Weiterbildung**

Bildung ist auch in diesem Bereich keine Ware! Real dominieren dagegen fiskalische Ziele und Kriterien vor pädagogischen und gesellschaftlichen, oft auch schon im öffentlich verantwortet Bereich von Volkshochschulen (VHS). Seit Gründung des Zweckverbandes VHS mit Solingen wird nur noch die betriebswirtschaftliche Seite durch den Beteiligungsausschuss kontrolliert.



Die Förderung des Landes NRW wurde nahezu durchgängig immer wieder reduziert und so den Teilnehmenden immer höhere Entgeltzahlungen auferlegt, die sozial selektiv wirken. Auch die Weiterbildung muss an der Inklusion mitwirken.

*Die LINKE fordert, dass die gesetzlich vorgeschriebene und noch nicht gänzlich ausgehöhlte "kommunale Pflichtaufgabe" deutlich hervorgehoben und gestaltet wird durch*

- *Ausbau der Bildungsberatung für Erwachsene und verstetigte Finanzierung, unabhängig von aktuell gegebenen Förderungsbedingungen aus EU-Projektmitteln*
- *Anlaufstellen für Ratsuchende in Bildungsfragen sind flächendeckend einzurichten und zu unterhalten. Ergänzend soll aufsuchende Beratung gezielt gegen soziale Selektion und "Bildungsarmut" angehen und Chancengleichheit fördern.*
- *Die staatliche Regie garantiert auch eine hoheitliche Handhabung der Anerkennung informeller und im Ausland erworbener Kompetenzen und Qualifikationen.*
- *Die LINKE fordert kommunale Werbung für Bildungsurlaub – auch bei Unternehmen*
- *Die Bildungs- und Berufsberatung der VHS und des Jobcenters sollte zusammengeführt werden.*
- *inhaltliche Begleitung und Fachaufsicht durch den Schul-Ausschuss statt durch teure externe Zertifizierer*
- *Berücksichtigung von Qualitätskriterien wie Versorgung der Bevölkerung und Beschäftigungsverhältnisse*

## **10. Öffentliche Kultur ist Kultur für alle**

Die 34000 Unterschriften für den Erhalt des Schauspielhauses, der 24-Stunden-Aktionstag im Winter 2010, die 800 Demonstrierenden vor dem Rathaus gegen die Verabschiedung des HSK 2009 – all das sind Belege, dass die Bevölkerung Wuppertals staatsbürgerliche und nicht Almosen gestützte Sozial-, Kultur- und

Sportpolitik will. Ohne diese Proteste wäre keine kleine Spielstätte gekommen. Ohne die Proteste wären die Zuschuss-Kürzungen nicht durch Zuwendungen der Sparkasse kompensiert worden – ein Erfolg für das Stadt-Bürgertum in Wuppertal.

Aber es gibt auch Anzeichen für weiteren Niedergang:

Das Schauspielhaus ist geschlossen - seine weitere Zukunft ist ungewiss.

Bereits in der Spielzeit 2012/2013 hatte man kein Geld für einen Gast-Choreografen und eine Neu-Inszenierung im Pina-Bausch-Tanztheater. Die Finanzierung des Pina-Bausch-Archivs ist über das Jahr 2013 weder durch die SPD-Grüne Landesregierung noch durch die Stadt Wuppertal gesichert. Der Platz an der Kluse wird bisher nicht nach Pina Bausch benannt. Resümee: Der Verbleib des Tanztheaters in Wuppertal ist keinesfalls sicher. Die Abwicklung der Stellen für Theaterpädagogik und des festen Ensembles bei der Oper beunruhigen die Kulturinteressierten.

Nach dem Kultur-Kahlschlag darf es in der kommenden Ratsperiode keine Einschnitte mehr geben, das wäre ein Tod auf Raten.

*In der kommenden Ratsperiode gilt für die LINKE-Kulturpolitik:*

- *Die weitere Abwicklung von Sprech- und Musiktheater und die drohende Abwanderung des Pina- Bausch- Tanztheaters müssen verhindert werden.*
- *Die Aufgabe des Standorts Turmhof für das von-der-Heydt-Museum, über den bereits 2013 mit „Investoren“ gesprochen wurde, muss verhindert werden.*
- *Stattdessen: Sanierung und Erhalt des Schauspielhauses als kulturelles Zentrum. Bei der Erarbeitung eines gewünschten Konzepts ist auf breiteste Beteiligung der Kulturschaffenden und Kulturinteressierten zu achten.*
- *Die langfristige bauliche Sicherung des Engels-Hauses und des Stadtarchivs*
- *Absicherung der freien Szene*
- *Keine Kürzung des Betriebskostenzuschusses für die Historische Stadthalle*
- *Kulturmarketing in den kleineren Umlandgemeinden*

## **11. Sport bedeutet Lebensqualität**

Die LINKE wird darauf achten, dass die Mittel der Sportpauschale nicht für andere Dinge zweckentfremdet wird. Die LINKE fordert ein Bekenntnis dazu, dass der Schwimmsport bei den vielen Opfern, die er in den vergangenen Jahren gebracht hat, nicht erneut betroffen sein wird. Der zuständige Dezernent muss zu seinem Wort stehen, „dass es nicht um eine weitere Reduzierung der Wasserfläche geht“ (WZ 25.4.13)

- *Die LINKE fordert den Erhalt und einen auskömmlichen Betriebskostenzuschuss für die bestehenden Bäder und andere Sport-, Kultur-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen.*
- *Das Freibad Mirke muss wieder eröffnet werden.*
- *Erhalt eines hinreichenden Raumangebots zur Erfüllung der stundenplanmäßigen Sportunterrichtes und damit bestehender Turnhallen, insbesondere der Turnhalle Langerfeld*

## **12. Wer soll das bezahlen? Nachhaltig auskömmliche Einnahmen statt Armut öffentlicher Haushalte**

Die Stadt hat kein Geld. Wuppertal ist eine der höchst verschuldeten Städte in NRW. Durch Steuergeschenke der Bundesregierungen an die Vermögenden sind die Stadt-Finanzen ausgedörrt, durch Zinszahlungen ausgeblutet und durch Ausgaben belastet, die Land und Bund verursacht haben.

Zur Finanzierung besteht nur geringer Spielraum auf städtischer Ebene. Die Handlungsbeschränkungen des Stärkungspakts sind nicht auszuhebeln. Allerdings hat die Stadt mit dem Stärkungspakt zusätzliche Mittel und kommunale Selbstbestimmungsrechte zurückerhalten.

- Gerade darum muss Schluss damit sein, dass für Vieles Millionen da sind und für soziale Belange immer zu wenig.

- Gerade darum muss Schluss sein mit der Leuchtturmpolitik von OB Jung. Um Leuchttürme herum sieht es nämlich bekanntlich düster aus.

Die Finanzrisiken, die die Stadtspitze eingegangen ist, wachsen uns bereits heute über den Kopf. Der Oberbürgermeister und sein schwarzer Kassenwart haben noch kein Konzept vorgelegt für die bekannten Risiken:

- Wie soll der vom Land um 11 Mio. Euro gekürzte Zuschuss des Stärkungspaktes nach 2017 kompensiert werden?
- Wie werden die um 11 Mio. Euro gestiegenen Sozialkosten aufgefangen?
- Wie geht die Stadtspitze damit um, wenn das Wirtschaftswachstum stagniert und nicht um 1,5 Prozent jährlich steigt, wie im Haushaltssanierungsplan unterstellt?
- Wie stellt sich die Stadtspitze auf die drohenden Verluste aus der Reform der Gemeindefinanzierung ein (FIFO-Gutachten für die SPD-Grüne-Landesregierung): Es drohen Einnahmeverluste von 15 Mio. Euro
- Die ersten außerplanmäßigen Preissteigerungen von 35 Millionen Euro sind beim Döppersberg bereits eingetreten. Zwei Drittel des Bauvolumens sind noch nicht ausgeschrieben. Wie geht man mit den weiteren Mehrkosten um?
- Solange OB Jung und der Aufsichtsratsvorsitzende Slawig an der Beteiligung des Energiekonzerns GdF-Suez an den Stadtwerken festhalten, werden diese an den Mehrkosten des Kohlkraftwerks Wilhelmshaven gefesselt bleiben. Daraus entsteht bereits heute ein Defizit bis zum Jahr 2016, das noch nicht beziffert ist und das mit Angebotskürzungen im ÖPNV gedeckt werden soll.
- Das in der Umsetzung befindliche HSK sieht bis 2014 einen Abbau von 470 Stellen vor, hinzukommen aus dem Sanierungsplan 120 Stellen. Durch die sogenannte natürliche Fluktuation verläuft der Stellenabbau jedoch schneller und größer. Die Folgen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen sind katastrophal, schon jetzt wird der Betrieb nur durch Überstunden, Notdienste usw. aufrechterhalten. Deshalb muss eine geordnete Personalentwicklung steuernd eingreifen.

Eigenmittel stehen der Kommune für Investitionen immer weniger zur Verfügung. Erst recht, wenn das Döppersbergprojekt weiter aus dem Ruder läuft. Ge-

rade unter den Bedingungen der Schuldenbremse werden öffentliche Einrichtungen nur noch mit Hilfe privater Geldgeber gebaut und betrieben werden können. Solche öffentliche und private Partnerschaft (ÖPP) zur Finanzierung erhöhen nur die Gesamtkosten um die den Investoren garantierten Gewinne und bürden alles unseren Kindern auf.

Auch die Unterlassung nötiger Erhaltungsaufwendungen spart keine Kosten. Öffentliche Erhaltungsinvestitionen werden weiterhin notwendig sein, sollen Straßen, Gebäude, Brücken, Treppen verkehrssicher bleiben. Die Schäden werden größer und diese Politik hinterlässt einen gewaltigen Sanierungsstau.

Gerade darum muss Schluss sein mit der Leuchtturmpolitik von OB Jung. Sie geht zu Lasten der dringend nötigen Erhaltung öffentlicher Infrastruktur in der Fläche.

Es ist daher undemokratisch, dass die scheidende große Kooperation durch den Doppelhaushalt 2014/2015 jeder neuen Ratsmehrheit Fesseln auferlegt hat.

Öffentliche Finanzen sind staatsbürgerliches Handeln im öffentlichen Interesse der Allgemeinheit. Die dazu notwendigen Steuern und Abgaben sind so zu gestalten, dass diese Dienste in der vom Bürger gewünschten Qualität erbracht werden können. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache.

Entsprechend fordern wir, durch gesetzliche Änderungen die Finanzierung der Kommunen sicherzustellen. Genau dies ist bislang unterblieben. So hat die Steuer-Entlastung bei Unternehmen zu hohen Einnahmeverlusten bei der Gewerbesteuer auch in Wuppertal geführt.

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, diese unsozialen Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmer auf Dauer zu beseitigen um die erforderlichen Einnahmen nachhaltig zu sichern. Die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Kommunale Wirtschaftssteuer steht noch aus, solange werden wir die Gewerbesteuer verteidigen.

*Aufgrund der Finanzrisiken fordert die LINKE für die kommenden Haushalte:*

- *Auch in der kommenden Ratsperiode müssen ÖPP-Projekte verhindert werden. An der Einschätzung des Stadtkämmerers, dass solche Projekte keinerlei Vorteile für die Stadt mit sich bringen, gilt es festzuhalten.*

- *Bis zu einer Änderung der Steuergesetze auf der Bundesebene müssen die sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen auf dem jetzigen Niveau erhalten bleiben.*
- *Alle Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich und den städtischen Töchtern sind tariflich und sozialversichert abzusichern. Die durch natürliche Fluktuation freiwerdenden Stellen sind wiederzubesetzen, sofern das im HSK vereinbarte Sanierungsziel bis 2014 erreicht ist.*
- *Die kommunalen Steuern sind auf dem landesweiten Level vergleichbar großer Städte anzuheben, wenn Einschnitte im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich drohen.*
- *Gemeinsame Schuldenaufnahme von Land und Stadt, um die günstigeren Zinskonditionen des Landes zu erhalten.*
- *Einführung einer Wuppertal-Steuer auf Mobilfunk-Masten*
- *Prüfung eines Zinsmoratorium für überschuldete Städte*
- *Einstellung von Betriebsprüfern zur Unterstützung des Finanzamtes und Anwendung des § 21 Finanzverwaltungsgesetzes, das den Städten ein Mitwirkungsrecht bei Gewerbesteuer-Außenprüfungen in Unternehmen auf ihrem Gebiet zusichert. Wuppertal erhoffte sich bereits in dem Haushalts-sicherungskonzept 2009 von dieser Effektivierung des Steuervollzuges einen Einnahmeeffekt von 3 Mio. Euro.*

### **13. Statt einer Koalitionsaussage: Ein Neuanfang ist nötig, ein Politikwechsel ist möglich**

Die LINKE wird unter den Diktaten des Stärkungspaktes nicht Teil einer Kürzungs-Koalition. Es darf keine weiteren Kürzungen in der Substanz geben – weder bei der Stadt noch bei den öffentlichen Unternehmen.

Wir engagieren uns insbesondere für die weitere Demokratisierung und Bürgerbeteiligung, für den Aufbau öffentlicher Beschäftigung, die Bekämpfung der Energiearmut, eine Kultur-Nutzung des Schauspielhausgebäudes und die Beseitigung des Deckels für die freien Träger der Wohlfahrt. Ein Deckel ist stattdessen

dringen erforderlich für die explodierenden Kosten des Umbaus am Döppersberg. Für die nachhaltige Stadtentwicklung bedarf es dringend eines umfassenden Masterplans anstelle bisherigen Stückwerks.

Unser Programm halten wir für die 6 Jahre der nächsten Rats-Periode in unserer Stadt für umsetzbar und unsere Fraktion wird dauerhaft dafür eintreten. Wir werden das anpacken, was am Dringendsten ist und wo sich Gelegenheiten öffnen. Die LINKE bietet den anderen Fraktionen verbindlich die Zusammenarbeit an, die ebenfalls diese Ziele anstreben. Die LINKE wird jede Initiative und jede Verbesserung unterstützen, die dieses Wahlprogramm der Verwirklichung näherbringt. Die Linke wird sich in diesem Sinne auch auf dauerhafte Formen der Zusammenarbeit verpflichten, wenn wir so für die Bürgerinnen und Bürger einen substantiellen Politikwechsel erreichen können, wenn die Mitgliedschaft zustimmt und wenn die Akzeptanz in der Stadtgesellschaft spürbar ist.

Die LINKE wird alles daran setzen, dass rechtspopulistische und rechtsradikale Meinungen in der Stadt und im Rat keinerlei Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen können. Nazigesinnung, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Vorurteile gegen Menschen dulden wir nicht. Wir arbeiten deshalb mit allen zusammen, die sagen: Wuppertal bleibt bunt!

Neben der Ratsarbeit wirkt die Fraktion tatkräftig an der politischen Willensbildung in einer aktiven Demokratie mit. Es bleibt ihre Aufgabe, den Kontakt zu Initiativen und Verbänden der Zivilgesellschaft herzustellen und für umfassende Transparenz der Ratspolitik für die Öffentlichkeit zu sorgen. Aufklärung und eine selbstbewusste Protestkultur erst schaffen nachhaltig ein politisches Klima für substantielle Verbesserungen. Die LINKE unterstützt Bürgerinitiativen, um demokratischen Einfluss der Bürgerschaft auf Ratsentscheidungen zu organisieren.

Die Finanznot Wuppertals wird anhalten, da die Schuldenbremse weiter die Bundes- und Landesregierung zu erheblichen Kürzungen treibt. Es tobt ein Wettbewerb zwischen den Ländern des Euro-Raums um die niedrigste Steuerlast, um die Absenkung der Sozialstandards und um die Senkung der Verschuldung. Die sogenannten Strukturreformen, die Angela Merkel und ihre sozialdemokratischen Minister von den europäischen Ländern fordern, heizen diese Konkurrenz an. Solange dieser Wettbewerb nicht gestoppt ist, leiden die Städte und die Menschen. Denn die Städte in Deutschland erbringen einen sehr großen Teil der sozialen Dienstleistungen. Sen-

kung der sozialen Standards führt zu Kürzungen kommunaler Leistungen. Zur Rettung unserer Stadt brauchen wir deshalb eine europäische Alternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

### Kurzfassung

#### **Politikwechsel im Tal: Wir alle sind Wuppertal**

- Wir brauchen den Kostendeckel am Döppersberg und einen Masterplan, wie die Stadt aussehen soll.
- Wir brauchen ein Sozialticket. Langfristig: jeder kann fahren, alle zahlen.
- Wir brauchen einen Notfallkoffer für bedrohte Arbeitsplätze.
- Wir brauchen die bergische Energiewende und die Initiative „Wir machen Wind“.
- Wir brauchen Öffentliche Unternehmen unter Bürgerkontrolle.
- Wir brauchen die Schulsozialarbeit und beste Bildung für alle.
- Wir brauchen den Erhalt des Schauspielhauses.
- Wir brauchen steigende Zuschüsse für die freie Wohlfahrtspflege.